



Verband der Solidarität freier Wohlfahrtsorganisationen e.V.

## Info-Brief April 2020

### EU Informationen

#### **Gründerzentren für integrative und soziale Unternehmen**

Die EU-Kommission startete einen Aufruf zur Einreichung von Vorschlägen für Organisationen zur Unterstützung von Unternehmen (Gründerzentren), die sich dem integrationsfördernden und sozialen Unternehmertum verpflichtet fühlen. Sie sollen insbesondere die Gründung solcher Unternehmen begleiten und Gründerinnen und Gründer unterstützen.

Die Förderung wird aus dem europäischen Programm für Beschäftigung und soziale Innovation "EaSI" 2014-2020 finanziert.

EaSI ist ein Finanzierungsinstrument, das direkt von der Europäischen Kommission verwaltet wird. Ziele sind die Förderung eines hohen Qualitätsniveaus und einer nachhaltigen Beschäftigung, die Gewährleistung eines angemessenen sozialen Schutzes, die Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung und Armut und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen.

Die Einreichungsfrist wurde bis zum 25. Mai 2020 verlängert.

Alle Details finden Sie auf den [Internetseiten](#) der EU-Kommission.

#### **Gleichstellung: EU-Kommission beschließt Maßnahmen**

Frauen in Europa sind gegenüber Männern nach wie vor benachteiligt. Die Kommission hat in ihrer Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter konkrete Schritte vorgestellt, um dies zu ändern.

Die für Gleichstellungspolitik zuständige EU-Kommissarin Helena Dalli erklärte: "... Gleichheit ist eine unendliche Ressource, die für alle in ausreichendem Maße vorhanden ist. Diskriminierung hingegen kommt die Menschen, die darunter leiden, und die Gesellschaft als Ganzes durch mangelnde persönliche Anerkennung, die Aushebelung des Leistungsprinzips und den Verlust von Talenten und Innovationen teuer zu stehen. ...Wir wollen sicherstellen, dass Frauen nicht zusätzliche Hürden überwinden müssen, um das zu erreichen, was für Männer selbstverständlich ist, sondern dass sie stattdessen ihr volles Potenzial entfalten können."

Den Link zu den Maßnahmen für die Gleichstellung 2020-2025 in der EU finden Sie in der Pressemitteilung auf den [Internetseiten](#) der EU-Kommission.

#### **ESF-Förderrichtlinie 2014 - 2020 – aktualisierte Fassung zum Herunterladen**

Die ESF-Förderrichtlinie 2014 bis 2020 fasst die Förderprogramme für Nordrhein-Westfalen zusammen, die durch den Europäischen Sozialfonds mitfinanziert werden.

[Download](#) der aktualisierten Förderrichtlinie vom 01. April 2020 und der Antragsunterlagen.

### Umfrage des BMAS: Welche Arbeitgeber beteiligen sich am Sozialen Arbeitsmarkt?

Im ersten Jahr der Laufzeit erhielten rund 34.000 vormals Langzeitarbeitslose einen geförderten Arbeitsplatz in der Teilhabe am Arbeitsmarkt. Doch wo sind diese neuen Stellen entstanden? Dieser Fragestellung ging eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion nach, auf die die Bundesregierung nun geantwortet hat (DS:[19/18554](#)).

[Weiterlesen](#) bei O-Ton Arbeitsmarkt

#### **Geförderte Jobs: 48.000 Beschäftigte am sozialen Arbeitsmarkt**

Insgesamt 150.000 Langzeitarbeitslose will die Große Koalition bis 2024 in den sozialen Arbeitsmarkt integrieren. Im März 2020 waren knapp 48.000 Personen in einer geförderten Stelle am sozialen Arbeitsmarkt tätig. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie sind derzeit noch nicht absehbar.

[Weiterlesen](#) bei O-Ton Arbeitsmarkt

**Coronavirus: Arbeitsagentur beschließt neue Weisungen für Jobcenter**

Die Umsetzung des "Sozialschutz-Pakets" erreicht die Jobcenter. Aus neuen Weisungen der Arbeitsagentur geht hervor, wie die Jobcenter mit den neuen gesetzlichen Regelungen umgehen sollen. Leistungen sollen einfacher und schneller ausbezahlt werden und Sanktionen werden ausgesetzt. Zu einer Erhöhung der Leistungen wird es aber nicht kommen.

[Weiterlesen](#) bei O-Ton Arbeitsmarkt

**Bundestag beschließt "Arbeit-von-morgen-Gesetz"**

Der Deutsche Bundestag hat das "[Arbeit-von-morgen-Gesetz](#)" (Gesetz zur Förderung der beruflichen Weiterbildung im Strukturwandel und zur Weiterentwicklung der Ausbildungsförderung) in 2./3. Lesung beschlossen. Es muss nun abschließend im Bundesrat beraten werden, damit es in Kraft treten kann.

Eine [Zusammenfassung](#) der wichtigsten Änderungen in einer BMAS Pressemitteilung

**Weisung der BA zum Sozialschutz-Paket / Änderungen in § 67 SGB II**

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) hat eine zusammenfassende [Weisung](#) zum Sozialschutz-Paket herausgegeben.

Ergänzend dazu hat die BA einen [vereinfachten Antrag](#) zur Verfügung gestellt und reagiert damit auf die bundesweite Kritik an den bisher bestehenden hohen bürokratischen Hürden, um das Arbeitslosengeld II zu erhalten.

Eine Zusammenfassung der Weisungen von Inge Hannemann auf [altonabloggt](#).

Quelle: Thomé Newsletter 12/2020 vom 07.04.2020

**Offener Brief: Mehr Solidarität mit dem gemeinnützigen Sektor**

Wie können gemeinnützige Organisationen schnell und unbürokratisch Hilfe leisten? Wie können gemeinnützige Organisationen aber auch ihre eigene Existenz und damit die Funktionsfähigkeit der Zivilgesellschaft sichern?

In einem [offenen Brief](#) appelliert neben dem Bundesverband Deutscher Stiftungen und dem Stifterverband eine breite Allianz von gemeinnützigen Dachverbänden und Organisationen an die Politik, die über 600.000 gemeinnützigen Organisationen und mehr als 30 Millionen engagierten Menschen in Deutschland nicht im Stich zu lassen. Um den gemeinnützigen Organisationen zu ermöglichen, schnell, unbürokratisch und effektiv Hilfe im Zusammenhang mit COVID-19 in Deutschland und auch grenzüberschreitend zu leisten, fordert die Allianz von der Politik, Rahmenbedingungen zu schaffen, die, wie zuletzt bei der Flüchtlingshilfe, den gemeinnützigen Organisationen mehr Spielraum für ihre Hilfeleistungen geben.

**Corona-Krise: Unterstützung für soziale Einrichtungen**

Soziale Dienstleister - auch in der Arbeitsmarktpolitik - können Zuschüsse beantragen, wenn Sie aufgrund der Corona-Krise in ihrer Existenz gefährdet sind. Die rechtlichen Voraussetzungen hat der Gesetzgeber dafür geschaffen. Jedoch wird von den sozialen Dienstleistern und Einrichtungen, die sich in wirtschaftlichen Notlagen befinden erwartet, dass sie sich aktiv in die Bewältigung der Auswirkungen der Corona-Krise einbringen. Die Beschäftigten, die sonst diese wichtige Arbeit leisten, sollen jetzt in der Krise mithelfen.

[Weiterlesen](#) in den Jugendsozialarbeit News vom 06.04.2020

**Jobcenter: Bundesmittel für "SGB II-Eingliederungsleistungen" und "Gesamtverwaltungskosten" 2020**

Nach Informationen des Bremer Instituts für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe (BIAJ) wurden den 406 Jobcentern für 2020 insgesamt 4,999 Milliarden Euro für "Leistungen zur Eingliederung nach dem SGB II" ("SGB II-Eingliederungsleistungen") und 5,351

Milliarden Euro für den Bundesanteil (84,8 Prozent) an den "Gesamtverwaltungskosten" zugeteilt (zugewiesen). Zur Verteilung dieser Bundesmittel, einschließlich der Mittel für die Ausfinanzierung der unbefristeten Beschäftigungszuschüsse (BEZ), auf die einzelnen Jobcenter siehe die [BIAJ-Materialien vom 26. April 2020](#).

### **Jobcenter gE: Eingliederungsmittel und deren Ausschöpfung von Januar bis März 2020 – Bund und Länder**

Von den 302 Jobcentern gE ("gemeinsame Einrichtungen" von Kommunen und Bundesagentur für Arbeit) wurden im ersten Quartal 2020 insgesamt 809 Mio. Euro für "Leistungen zur Eingliederung nach dem SGB II" und die Ausfinanzierung der nicht im SGB II (Hartz IV) geregelten Bundesprogramme ausgegeben (einschließlich von 35 Mio. Euro aus dem sog. "Passiv-Aktiv-Transfer").

Differenzierte Informationen zu den Ausgaben für "Leistungen zur Eingliederung nach dem SGB II" und zum "Passiv-Aktiv-Transfer" im Bund und in den Ländern (Jobcenter gE) im ersten Quartal 2019 und 2020 lesen Sie in den [BIAJ-Materialien vom 27. April 2020](#).

### **Innovationswettbewerb INVITE - Digitale Plattform Berufliche Weiterbildung**

Mit dem [Innovationswettbewerb INVITE](#) (Digitale Plattformen Berufliche Weiterbildung) soll ein Beitrag zur Optimierung eines innovativen digitalen und sicheren Bildungsraums der berufsbezogenen Weiterbildung geleistet werden.

Dazu gehören die Vernetzung sowie die Weiterentwicklung von internetbasierten Plattformen, Applikationen und Diensten (z. B. Suchmaschinen) sowie die Entwicklung innovativer digitaler Lehr- und Lernangebote. Ziel ist die Verbesserung des Angebots "bottom-up". Der Innovationswettbewerb ist in die Nationale Weiterbildungsstrategie eingebettet, mit deren fachlichen und organisatorischen Begleitung das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) beauftragt wurde.

Infos zu dem Wettbewerb auch in der BMBF-[Pressemitteilung 41/2020](#) vom 06.04.2020.

### **Neue Förderung "BBNE-Transfer 2020-2022"**

Ab sofort können Skizzen für die neue Förderung "Berufsbildung für Nachhaltige Entwicklung im Transfer für Ausbildungspersonal 2020-2022" eingereicht werden, in der das BIBB Transferprojekte für die BBNE-Modellversuche aus Mitteln des BMBF fördert.

In einer neuen Transfer-Phase fördert das BIBB nun mit 2,5 Millionen Euro aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) über zwei Jahre die Verbreitung und Verstetigung der erfolgreichen nachhaltigkeitsbezogenen Weiterbildung des betrieblichen Ausbildungspersonals.

Weitere Infos und die Förderrichtlinie auf der [Internetseite](#) des BIBB

### **Bundestags-Drucksachen aus den Bereichen Arbeit, Bildung und Beschäftigung**

[Nachteilsausgleiche im Arbeitsrecht für Menschen mit Schwerbehinderung \(31.03.2020\)](#)

[Hilfen für Unternehmen wegen des Coronavirus \(27.03.2020\)](#)

[Entwicklung und Höhe des benötigten Jahreseinkommens zur Altersabsicherung auf Grundsicherungsniveau \(16.03.2020\)](#)

### **"heute im bundestag" – Meldungen April 2020 – In chronologischer Reihenfolge**

**Beschäftigte in Leiharbeit** (*Drucksache-DS:19/18199 - Beschäftigung und Entgelt in der Leiharbeit*)

Nach Angaben der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) hat es im Juni 2019 rund 23,86 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Vollzeit gegeben, davon sind rund 694.000 Leiharbeitnehmer gewesen. Das schreibt die Bundesregierung in

ihrer Antwort ([19/18199](#)) auf eine Kleine Anfrage ([19/17491](#)) der AfD-Fraktion. Ausschließlich geringfügig beschäftigt waren demnach im Juni 2019 rund 4,89 Millionen Menschen, von denen rund 66.000 im Rahmen der Arbeitnehmerüberlassung angestellt waren.

Aus der Antwort geht weiter hervor, dass sich im Jahr 2018 das mittlere Bruttomonatsentgelt der Beschäftigten mit deutscher Staatsangehörigkeit (ohne Leiharbeitnehmer) auf insgesamt 3.431 Euro und das Entgelt der Leiharbeitnehmer mit deutscher Staatsangehörigkeit auf 2.128 Euro belief. Der Entgeltunterschied habe im Mittel 1.303 Euro beziehungsweise 61,3 Prozent betragen, schreibt die Regierung.

Nach Angaben der Beschäftigungsstatistik der BA gab es im Jahr 2018 rund 483.000 sozialversicherungspflichtig beschäftigte Leiharbeitnehmer mit einem Entgelt unterhalb des Schwellenwertes für eine Nettorente nach 45 Arbeitsjahren in Höhe des bundeseinheitlichen Grundsicherungsniveaus. Im Vergleich zum Vorjahr seien es 18,5 Prozent weniger gewesen, so die Bundesregierung.

Quelle: *hib-Meldung 356 vom 01.04.2020*

### **Verwaltungskosten in Jobcentern** (DS:19/18200 - *Steigende Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit trotz sinkender Arbeitslosenzahlen*)

In den Jahren 2009 bis 2019 hat es keine Unterausschöpfung des Verwaltungskostenbudgets bei der Bundesagentur für Arbeit gegeben. Dies schließt nicht aus, dass einzelne Jobcenter in einzelnen Jahren ihre dezentralen Verwaltungskostenbudgets nicht ausgeschöpft haben, schreibt die Bundesregierung in ihrer Antwort ([19/18200](#)) auf eine Kleine Anfrage ([19/17423](#)) der AfD-Fraktion.

Die Bundesregierung weist darauf hin, dass getrennte Betrachtungen der Unterausschöpfungen, insbesondere beim Eingliederungsbudget, aber auch beim Verwaltungskostenbudget, nur sehr eingeschränkt aussagekräftig seien. Maßgebend sei vielmehr das Gesamtbudget aus Eingliederungs- und Verwaltungskostenbudget zusammen. Erfolgreiche Eingliederungsarbeit sei nicht nur durch Eingliederungsmaßnahmen bedingt, sondern insbesondere auch durch die aktive Unterstützung der Leistungsberechtigten bei der Integration in den Arbeitsmarkt durch die Mitarbeiter in den Jobcentern. Deren Arbeit bilde einen integralen Bestandteil für die erzielten Integrationserfolge. Dies spiegele sich in der Entwicklung der Verwaltungskosten wider, heißt es in der Antwort.

Quelle: *hib-Meldung 356 vom 01.04.2020*

### **Evaluation des Entgelttransparenzgesetzes** (DS:19/18043 - *Zur Evaluation des Gesetzes zur Förderung der Entgelttransparenz zwischen Frauen und Männern*)

Die Bundesregierung will die Bekanntheit und die Wirksamkeit des Entgelttransparenzgesetzes weiter erhöhen. So werde das Bundesfamilienministerium insbesondere erläuternde Materialien zur Präzisierung von Begriffen des Gesetzes bereitstellen. Dies kündigt die Regierung in ihrer Antwort ([19/18043](#)) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ([19/17479](#)) an. Die Befragungen zur Evaluation des im Juli 2017 in Kraft getretenen Entgelttransparenz seien zu einem sehr frühen Zeitpunkt durchgeführt worden und könnten deshalb nur erste Hinweise auf die Wirksamkeit des Gesetzes geben. Die Evaluation zeige aber, dass der Auskunftsanspruch helfen könne, Unterschiede in der Vergütung zwischen der anfragenden Person und der Vergleichsgruppe aufzudecken. Die Unterschiede müssten aber nicht zwingend einen geschlechtsbezogene Benachteiligung darstellen. Die Inanspruchnahme des Auskunftsanspruchs könne aufgrund vieler Faktoren unterbleiben. Dabei müsse auch die kurze Wirkungszeit des Gesetzes berücksichtigt werden.

Quelle: *hib-Meldung 390 vom 16.04.2020*

### **Gewährung von Weiterbildungsmaßnahmen** (DS:19/18513 - *Gewährung und Inanspruchnahme von Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen in Arbeitsverhältnissen*)

In der Antwort ([19/18513](#)) auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion ([19/17982](#)) zur Gewährung und Inanspruchnahme von Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen in Arbeitsverhältnissen betont die Bundesregierung, dass die Gewährung von Bildungsurlaub (beziehungsweise Bildungsfreistellung oder Bildungszeit) in der Zuständigkeit der Länder liegt.

Der Bundesregierung lägen zu den auf Basis von Ländergesetzen geregelten Bildungsurlauben keine Daten vor.

Quelle: hib-Meldung 405 vom 22.04.2020

### **Ausbildungsstand der Bevölkerung** (DS:19/18588 - Bildungs- und Ausbildungsstand der Bevölkerung in Deutschland)

In ihrer Antwort ([19/18558](#)) auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion ([19/17981](#)) zum Bildungs- und Ausbildungsstand der Bevölkerung in Deutschland weist die Bundesregierung darauf hin, dass ein Nachweis der sogenannten "Top 8 Asylherkunftsländer" nicht möglich ist, da im Mikrozensus nicht alle der größten Herkunftsländer gesondert erhoben würden. Die Differenzierung erfolge daher nach "EU-Ausländer"/ "Nicht-EU-Ausländer".

Quelle: hib-Meldung 405 vom 22.04.2020

### **Teilnahme an Integrationsmaßnahmen** (DS:19/18493 - Wirtschaftlicher Nutzen von Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen am Arbeitsmarkt)

Von Oktober 2016 bis Dezember 2018 haben 30.482 Menschen am Arbeitsmarktprogramm "Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen" (FIM) teilgenommen. Von Januar 2019 bis August 2019 haben weitere 3.482 Menschen eine solche Maßnahme begonnen, diese Zahlen seien allerdings noch "unrevidierte Zahlen", wie die Bundesregierung in ihrer Antwort ([19/18493](#)) auf eine Kleine Anfrage ([19/17977](#)) der AfD-Fraktion schreibt.

Quelle: hib-Meldung 414 vom 22.04.2020

### **Rund neun Millionen in Teilzeit** (DS:19/18494 - Inanspruchnahme von Rechten nach dem Teilzeitbefristungsgesetz)

Nach Angaben der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) hat es im Juni 2018 rund 32,87 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte gegeben, davon haben rund 9,26 Millionen in Teilzeit gearbeitet. Das schreibt die Bundesregierung in ihrer Antwort ([19/18494](#)) auf eine Kleine Anfrage ([19/17978](#)) der AfD-Fraktion.

In der Beschäftigungsstatistik liegt eine Teilzeitbeschäftigung vor, wenn Beschäftigte aufgrund einer Vereinbarung mit dem Arbeitgeber nicht die normalerweise übliche beziehungsweise tarifvertraglich festgelegte Arbeitszeit (Vollzeit) arbeiten. Teilzeitbeschäftigt sind dazu auch Arbeitnehmer in geringfügig entlohnter Beschäftigung. Wie aus der Antwort weiter hervorgeht, waren im Juni 2018 rund 4,74 Millionen Beschäftigte ausschließlich geringfügig entlohnt beschäftigt, darüber hinaus gingen rund 2,83 Millionen Personen im Nebenjob einer geringfügig entlohnten Beschäftigung nach.

Quelle: hib-Meldung 414 vom 22.04.2020

### **Kein Reformbedarf in der Grundsicherung** (DS:19/18371 - Existenzsicherung in der Grundsicherung im Alter)

Aus Sicht der Bundesregierung bestehen keine konkreten gesetzlichen Handlungsmöglichkeiten, um die Inanspruchnahme von Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung durch hilfebedürftige Personen zu erhöhen. Die Träger der Rentenversicherung seien verpflichtet, alle potenziell Leistungsberechtigten in der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zu informieren und zu beraten, schreibt die Regierung in einer Antwort ([19/18371](#)) auf eine Kleine Anfrage ([19/17925](#)) der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Auch bei den derzeit geltenden Regelungen zu den Bewilligungszeiträumen sei die geltende Rechtslage ausreichend, heißt es in der Antwort weiter.

Quelle: hib-Meldung 425 vom 23.04.2020

### **Rund 830.000 Leiharbeiter** (DS:19/18333 - Leiharbeit – Struktur und Entlohnung im Jahr 2019)

Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit hat es im Juni 2019 rund 33,41 Millionen sozialversicherungspflichtige Beschäftigte gegeben, darunter rund 830.000 Leiharbeiter. Das entspricht einem Anteil von 2,5 Prozent an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Diese Zahlen nennt die Bundesregierung in ihrer Antwort ([19/18333](#)) auf eine Kleine

Anfrage ([19/17643](#)) der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Das mittlere Bruttomonatsentgelt in der Leiharbeit lag demnach 2018 bei 1.928 Euro (Vollzeitbeschäftigung), während Nicht-Leiharbeitnehmer einen Verdienst von 3.347 Euro erzielten.

Quelle: *hib-Meldung 426 vom 24.04.2020*

### **Positive Bewertung des Coachings** (DS:19/18554 - Teilhabe am Arbeitsmarkt bei privaten oder öffentlichen Arbeitgebern)

Das mit dem Teilhabechancengesetz eingeführte begleitende Coaching, mit dem bisher langzeitarbeitslose Menschen in ihren neuen Tätigkeiten unterstützt werden, wird von Arbeitgebern wie auch Mitarbeitern der Jobcenter als gut bewertet. Das schreibt die Bundesregierung in ihrer Antwort ([19/18554](#)) auf eine Kleine Anfrage ([19/18015](#)) der FDP-Fraktion. Dazu befragte Arbeitgeber hätten demnach angegeben, dass sich ein Coaching positiv auf das Unternehmen auswirke. Verbesserungsbedarf sähen diese bei der Transparenz, so wünschten sich die Betriebe mehr Rückmeldungen von den Coaches zum Entwicklungsstand der geförderten Arbeitnehmer, wie die Bundesregierung weiter ausführt.

Quelle: *hib-Meldung 426 vom 24.04.2020*

### **Befristet Beschäftigte** (DS:19/18551 - Befristete Beschäftigungsverhältnisse in Wirtschaft und Verwaltung)

Im Jahr 2018 waren 58,3 Prozent aller Neueinstellungen unbefristet, neun Prozent waren mit Sachgrund befristet, 22,6 Prozent ohne Sachgrund und 3,8 Prozent der Neueinstellungen waren befristet, aber ohne Angabe zum Sachgrund. Das schreibt die Bundesregierung in ihrer Antwort ([19/18551](#)) auf eine Kleine Anfrage ([19/17724](#)) der AfD-Fraktion. Aus der Antwort geht auch hervor, dass in größeren Betrieben der Anteil der befristet Beschäftigten höher ist als in kleineren Betrieben. So lag der Befristungsanteil im Jahr 2018 in Betrieben unter 20 Mitarbeitern bei rund vier Prozent und in Betrieben, mit 500 Mitarbeitern und mehr bei rund elf Prozent. Unter Einbezug aller Betriebsgrößen lag der Anteil bei rund acht Prozent. Quelle: *hib-Meldung 432 vom 27.04.2020*

### **Literalität und AlphaDekade** (DS:19/18395 - Inhalte der AlphaDekade)

Zu den Inhalten der "AlphaDekade" zur Bekämpfung mangelnder Lese- und Schreibfähigkeiten nimmt die Bundesregierung in der Antwort ([19/18395](#)) auf eine Kleine Anfrage ([19/17507](#)) der FDP-Fraktion Stellung. Ansprache und das Bemühen, die Menschen zum Lernen und Üben zu motivieren, sind eine zentrale Aufgabe und Herausforderung für Politik und Gesellschaft, die mit Hilfe der Nationale Dekade für Alphabetisierung und Grundbildung 2016 bis 2026 ("AlphaDekade") angegangen werden soll. Laut der Studie "LEO 2018 - Leben mit geringer Literalität" der Universität Hamburg gibt es immer noch 6,2 Millionen Menschen in Deutschland, die nur gering literalisiert sind. Für die "AlphaDekade" hat die Bundesregierung rund 180 Millionen Euro veranschlagt.

Ein Grund für die weite Verbreitung von geringer Literalität ist laut der LEO 2018 auch, dass 16,8 Prozent der Befragten angegeben haben, dass sie wegen beruflicher Termine, familiärer Verpflichtungen (16,1 Prozent) sowie aus sonstigen persönlichen Gründen (14,9 Prozent) keine Zeit haben, an Weiterbildungsmaßnahmen teilzunehmen...

[Weiterlesen](#) in der *hib-Meldung 435 vom 27.04.2020*

## **Arbeitsrecht**

### **Corona und Arbeitsrecht**

Einige [Basisinformationen](#) dazu (*zusammengestellt vom Netzwerk IQ*)

## **Aktuelles aus dem Internet**

### **Informationen des BMAS zum Coronavirus**

[Hier](#) finden Sie die wichtigsten Fragen und Antworten sowie weitere Informationen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zum Thema Coronavirus.

**FAQ für Bildungsträger zum Corona-Virus**

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) aktualisiert die [FAQ für Bildungsträger zum Corona-Virus](#) laufend. Zwischenzeitlich wurden neue, relevante Informationen zum Thema § 16d, § 16e und §16i aufgenommen.

**Coronavirus-Dossier für den Bereich öffentlich geförderte Beschäftigung**

Der bag arbeit e.V. hat ein [Dossier](#) publiziert mit Hinweisen auf "relevante Veröffentlichungen zum Corona-Virus für den Bereich öffentlich geförderte Beschäftigung".

**Das "Corona-Paket" vom März 2020: Überblick über die neuen Hilfen**

Der Bundestag und Bundesrat haben im März 2020 ein umfassendes milliardenschweres Gesetzespaket verabschiedet, um die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-Pandemie abzumildern.

Die zentralen Inhalte und weiterführende Informationen hat die AWO auf ihrer [Internetseite](#) veröffentlicht.

**Corona-Virus: Tipps für kleine und mittlere Unternehmen**

[Zusammengestellt](#) vom Kompetenzzentrum Fachkräftesicherung (KOFA).

**Soforthilfen und Schutzfonds für Kleinunternehmer und Solo-Selbstständige**

Die Bundesregierung hat zahlreiche Maßnahmen für Freiberufler, Kleinunternehmer/innen und Selbstständige beschlossen, um in der Coronakrise finanzielle Hilfe zu leisten. Auch in den Bundesländern gibt es Zuschüsse und Hilfsfonds.

Eine ausführliche Zusammenstellung unter: [steuertipps.de](#)

**Corona-Arbeitszeitverordnung**

Die Bundesregierung hat im Zuge der Corona-Krise die Arbeitszeitregelungen für bestimmte Branchen gelockert - befristet bis zum 30. Juni 2020.

Der DGB zeigt in einer [Übersicht](#), was das konkret für die Arbeitszeiten von Arbeitnehmern/innen bedeutet.

**Coronakrise: DGB fordert Schutzschirm für Ausbildungsplätze**

Der DGB drängt auf ein Spitzentreffen der Allianz für Aus- und Weiterbildung - und hat [Vorschläge für einen "Schutzschirm für Ausbildungsplätze"](#) in der Corona-Krise vorgelegt, um bestehende Ausbildungsverträge abzusichern, und fürs kommende Ausbildungsjahr Ausbildungschancen und damit Fachkräftesicherung zu garantieren.

**IAB: Folgen der Corona-Krise für den Arbeitsmarkt**

Auf dieser [Internetseite](#) des IAB finden Sie Einschätzungen von Forschern/innen sowie aktuelle Daten des IAB zu den Auswirkungen der Pandemie auf den Arbeitsmarkt.

**JOBSTARTER plus-Projekte gehen in der Corona-Krise neue Wege**

Die Corona-Krise wirkt sich auf die Arbeit der [JOBSTARTER plus-Projekte](#) unmittelbar aus. Viele Projekte entwickeln in dieser Situation kreative Lösungen, um Betrieben Informationen zum Thema Ausbildung in der Corona-Krise anzubieten.

**Online Umfrage: Corona-Pandemie vergrößert Ungleichheiten**

Durch die Pandemie können sich bestehende Ungleichheiten am deutschen Arbeitsmarkt verschärfen – etwa zwischen höher und niedriger bezahlten Beschäftigtengruppen, aber auch zwischen den Geschlechtern. Generell sind Beschäftigte mit niedrigeren Einkommen, in Betrieben ohne Tarifvertrag oder Betriebsrat sowie Frauen derzeit überproportional belastet. Das zeigen erste Ergebnisse einer aktuellen [Online-Befragung](#) im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung.

## The Global Gender Gap Report 2020

Das World Economic Forum veröffentlichte den [Global Gender Gap Report 2020](#), der u.a. leider zu der ernüchternden Feststellung gelangt, dass die "Gleichstellung der Geschlechter wahrscheinlich auch in 99,5 Jahren nicht erreicht werden kann".

Zum Thema "Gender Pay Gap" in Deutschland siehe auch einen Beitrag auf [n-tv online](#)

## Dossier: Unterstützte Ausbildung

Der Übergang von der Schule in die Ausbildung wird von vielfältigen Einflussfaktoren begleitet. Rahmenbedingungen und Voraussetzungen können für alle beteiligten Akteure am Ausbildungsverhältnis zu Hemmnissen und Problemen führen. Daher gibt es umfangreiche Unterstützungsangebote, die häufig von externen Dienstleistern erbracht werden, damit eine Berufsausbildung erfolgreich absolviert und abgeschlossen werden kann. Das [Dossier](#) des Fachportals "überaus" liefert einen Überblick über entsprechende Regelinstrumente, Gestaltungsmöglichkeiten und gibt Einblicke in Wissenschaft und Praxis.

## Themendossier: Integration in Ausbildung

Von der Schule in die Ausbildung. So lautet das Ziel der [Initiative Bildungsketten](#). Junge Menschen sollen auf ihrem Weg ins Berufsleben unterstützt werden. Jeder ausbildungsreife und ausbildungswillige Jugendliche soll möglichst bis zum Ausbildungsabschluss geführt werden. Darauf hatten sich Bund und Länder verständigt. Die Initiative ist ein wesentlicher Bestandteil der [Allianz für Aus- und Weiterbildung](#).

Das Themendossier "[Integration in Ausbildung](#)" nimmt insbesondere junge Geflüchtete in den Blick. Wie gelingt Neuzugewanderten der Übergang in die Berufliche Ausbildung? Welche Unterstützungsmöglichkeiten gibt es? Das Themendossier analysiert die Herausforderungen und stellt Fördermaßnahmen vor.

Quelle: *Jugendsozialarbeit News vom 20.04.2020*

## Arbeitshilfe zur Unterstützungsarbeit für Geflüchtete während der Corona-Krise

Der Paritätische hat eine [Arbeitshilfe](#) mit praktischen Tipps veröffentlicht, um Beratenden, Unterstützenden und weiteren in der Flüchtlingsarbeit Engagierten Anregungen zu geben, wie sich Beratung und Unterstützung für Geflüchtete auch in Zeiten der Corona-Pandemie umsetzen lässt.

## "Migrantinnen einfach stark im Alltag" (MiA)

Der Flyer "[Migrantinnen einfach stark im Alltag](#)" (MiA) informiert über Intention, Ziele, Themen und Inhalte eines Kursangebotes von Frauen für Frauen.

## Veröffentlichungen

IAB-Stellungnahme 3/2020:

### Zur Bewältigung von aktuellen Herausforderungen: Ausbildung und berufliche Weiterbildung fördern, Arbeit in der Transformation zukunftsfest machen und Arbeitslosenversicherung stärken

Deutschland steht durch die schnelle Verbreitung des Corona-Virus, durch den Strukturwandel und die sich abzeichnenden (auch ökologischen) Transformationsprozesse vor Herausforderungen bislang unbekanntes Ausmaßes. Eine Reihe von Gesetzesänderungen sollen dazu beitragen, die nötige Anpassungen zu bewältigen.

Das IAB äußert sich in seiner [Stellungnahme](#) zu ausgewählten Aspekten der folgenden geplanten Gesetzesänderung und Anträge verschiedener Bundestagsfraktionen.

### IAB-Stellungnahme 4/2020: Auswirkungen des gesetzlichen Mindestlohns

Das IAB berichtet in seiner [Stellungnahme](#) am 19.3.2020 im Rahmen der schriftlichen Anhörung der Mindestlohnkommission den wissenschaftlichen Erkenntnisstand über die Auswirkungen der Mindestlohneinführung auf Arbeitnehmer/innen, auf die Produktivität und



Profitabilität sowie auf die Beschäftigung und schreibt damit die IAB-Stellungnahmen 3/2016 und 1/2018 fort.

### **Was digitale Bildung für die berufliche Bildung bedeutet**

Digitale Bildung hat zwei Dimensionen: Zum einen geht es um die Inhalte von Bildung und zum anderen um digitale Lernmethoden. Eine [Infografik](#) des Kompetenzzentrums Fachkräftesicherung (KOFA) beleuchtet beide Seiten der digitalen Bildung. Sie zeigt, welchen Stellenwert digitale Medien in der Aus- und Weiterbildung von KMU einnehmen und wie Unternehmen die Bedarfe für Weiterbildungen zur Digitalisierung ermitteln.

### **Digitalisierung – Jobmotor für Menschen mit Behinderung**

Von den über zehn Millionen Menschen in Deutschland mit einer amtlich anerkannten Behinderung sind fast 2,9 Millionen erwerbstätig. Knapp ein Drittel aller Unternehmen sehen in der Digitalisierung neue Chancen für die Beschäftigung von Menschen mit Behinderung. Und jedes fünfte Unternehmen setzt sogar digitale Technologien gezielt ein, um Beschäftigte mit Behinderungen bei der Bewältigung ihrer Aufgaben zu unterstützen. Dies kann mittelfristig sowohl die Inklusion generell voran bringen, als auch die Weiterbildung der Menschen mit Behinderung intensivieren, zeigt u.a. ein [Bericht](#) des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW).

### **"Unternehmens-Netzwerk Inklusion"- Abschlussbericht**

Kleinere und mittlere Unternehmen in vielen Branchen und Regionen suchen nach qualifizierten Mitarbeitern/innen, können ihren Bedarf aber nicht hinreichend decken. Um das Fachkräftepotenzial von Menschen mit Behinderungen besser nutzen zu können und die Inklusion in den Betrieben voranzubringen, gründeten Arbeitgeberverbände vor drei Jahren das "Unternehmens-Netzwerk Inklusion". Dieses Projekt legte nun seinen [Abschlussbericht](#) mit Zahlen, Daten und Fakten sowie einer kleinen Sammlung von "Erfolgsgeschichten" vor. [Mehr Infos](#)

### **Die berufliche Geschlechtersegregation am Arbeitsmarkt: Welche Rolle spielen persönliche Präferenzen?**

Die berufliche Geschlechtersegregation am deutschen Arbeitsmarkt hat sich im Zeitverlauf als ein relativ beständiges Muster erwiesen. In den letzten Jahren haben sich - mit wenigen Ausnahmen - nur geringe Veränderungen in der geschlechtsspezifischen Zusammensetzung einzelner Berufsgruppen ergeben", [schreibt das IW Köln](#) (Institut der deutschen Wirtschaft Köln).

### **Frauen in der Start-up-Welt: Ursachen niedriger Gründungsquoten**

Frauen sind in der Start-up-Welt unterrepräsentiert. In Deutschland wurden seit 2008 nur 4 Prozent der Start-ups von Frauen gegründet. Hingegen ist der Anteil der von Frauen gegründeten Unternehmen, welche nicht als Start-up gelten, mit rund 40 Prozent vergleichsweise hoch, so die IW-Studie:

["Frauen in der Start-up-Welt – Ursachen niedriger Gründungsquoten"](#)

IAB-Kurzbericht 8/2020:

### **Einwanderung nach Deutschland: Viele Hochqualifizierte, aber auch viele Ungelernte**

Im Vergleich zur Phase der Gastarbeiteranwerbung und des Familiennachzugs in den Jahrzehnten danach sind Eingewanderte heute im Durchschnitt deutlich besser qualifiziert. Dabei wird eine deutliche Polarisierung sichtbar: Ein hoher Akademikeranteil steht einem hohen Anteil an Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung gegenüber.

In der [IAB Studie](#) wurde untersucht, wie sich die Qualifikationsstruktur und die nationale Zusammensetzung der Neueingewanderten seit 2005 verändert haben und wie dies mit ihren Erwerbssaussichten zusammenhängt.

### **Evaluation der Integrationskurse**

Eine [Analyse](#) der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) zum Zwischenbericht des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF).

Der Zwischenbericht zur Evaluation der Integrationskurse weist auf strukturelle Probleme hin. Dies gilt sowohl für den Sprach- als auch für den Orientierungsteil. Institutionelle Interessen des BAMF stehen im Vordergrund. Im Endbericht sollten Defizite deutlicher benannt und analysiert werden, um Verbesserungen zu ermöglichen.

### **Veranstaltungen**

#### **Digital Social Summit**

Auf dem [“Digital Social Summit“](#) trifft sich die Zivilgesellschaft, um gemeinsam über digitale Instrumente, Debatten und Strategien zu sprechen. An der Schnittstelle von “sozial“ und “digital“ wird thematisiert, was Digitalisierung strategisch und ganz konkret für die gemeinnützige Arbeit bedeutet.

Im Fokus des Digital Social Summit 2020 steht die Frage, wie eine gerechte und nachhaltige digitale Transformation aussieht und wie sich die Zivilgesellschaft in dieser Debatte Gehör verschaffen kann.

Veranstaltet von mehreren Stiftungen, NGOs und Bundesministerien.

Termin und Ort: 25.-26. Mai 2020. Online. Das Event ist kostenfrei.

Weitere Infos: [“Haus des Stiftens“](#) (Kostenlose Fortbildungen für die gemeinnützige Welt)